

Bhutan im Überblick

zusammengestellt von Yeşim Paçal

Weltbank-Zuschuss für Klimaresilienz

Bhutan und die Weltbank haben eine Finanzierungsvereinbarung über 3,51 Millionen US-Dollar (etwa 3,1 Millionen Euro) unterzeichnet, um die Entscheidungsfindung und Entwicklungsplanung zu Risiken in bestimmten öffentlichen Sektoren zu verbessern. Der Vertreter der Weltbank für Bhutan, Adama Coulibaly, und Finanzminister Namgay Tshering haben Anfang Dezember 2021 die Vereinbarung unterzeichnet. Im Rahmen des Projekts „Stärkung von Risikoinformationen für die Resilienz“ werden landesweite Klima- und Katastropheninformationen durch eine Risikobewertung für mehrere Gefahren generiert. Es soll dazu beitragen, ein innovatives System zur Unterstützung von Entscheidungen zu entwickeln, indem Informationen zu Risiken in Zielsektoren wie Infrastruktur und Bau integriert werden. „Dieses Projekt wird das Unterstützungssystem stärken, das zum Schutz vor vermeidbaren Schäden aufgrund mehrerer Gefahren beiträgt“, sagte Adama Coulibaly. Aufgrund seiner geografischen Lage ist Bhutan nach wie vor sehr anfällig für Naturgefahren, darunter Überschwemmungen, Erdrutsche, Überschwemmungen ausgehend von Gletscherseen, Erdbeben und Waldbrände. Der Klimawandel erhöht die Anfälligkeit des Landes gegenüber Naturkatastrophen und extremen Wetterereignissen. Das Projekt soll dazu beitragen, die Leistungserbringung von Hydromet und Agromet zu stärken und etwa 5140 Haushalte landwirtschaftlich und meteorologisch zu beraten. Das Projekt wird den Vorhersagebereich für das Wetter von drei Tagen auf 10 Tage erhöhen, Schädlingswarnungen und Krankheitsvorhersagen verbessern und Klimaschulen für Landwirte organisieren. In einer Pressemitteilung des Weltbankbüros in Bhutan heißt es, dass das Projekt mit Hilfe von Drohnen eine detaillierte Untersuchung von Erdrutsch-Hotspots entlang von Straßennetzen durchführen wird.

Pandemie – ein Statusbericht zum Gesundheitswesen

Es gibt eigentlich keine gesicherte Meldung über SARS-CoV-2-Infektionen bei Beschäftigten im Gesundheitswesen in Bhutan. Zwanzig Monate nach Beginn der Pandemie verzeichnete Bhutan über 2600 positive Covid-19-Fälle und drei Todesfälle. Etwa

906 Beschäftigte in diesem Sektor waren direkt an der Behandlung dieser laborbestätigten Fälle beteiligt, aber in dieser Gruppe traten keine Infektionen auf. Diese Nullinfektion war möglich durch das gebündelte Management positiver Fälle in vier nationalen Covid-19-Zentren, den strategischen Einsatz von Mitarbeiter(inne)n, die ständige Bereitstellung hochwertiger persönlicher Schutzausrüstung und wiederholte Schulungen zur richtigen Verwendung von Schutzausrüstung.

Bhutan und die Expansion Chinas

Satellitenbilder zeigen, dass China mehrere Dörfer baut, die bis nach Bhutan hineinragen. Mitte November 2021 verschickte ein *Intel-Lab*-Analyst Satellitenbilder, die Beweise für Chinas Übergriffe enthalten sollen. Den Bildern zufolge hat China im indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh eine Ansammlung von Gebäuden und mehrere Dörfer auf bhutanischem Territorium in der Nähe von Doklam in Sikkim errichtet. Die erstmals auf der Socialmedia-Plattform Twitter geteilten Fotos zeigen mindestens vier Dörfer im umstrittenen Gebiet mit einer Fläche von etwa 100 Quadratkilometern. Nach Angaben des Analysten wurden die neuen Siedlungen zwischen Mai 2020 und November 2021 errichtet. Das Doklam-Plateau befindet sich an einem Ort, an dem sich das Chumbi-Tal in China, das Ha-Tal in Bhutan und das Nathang-Tal in Sikkim kreuzen. Die Region erlangte internationale Aufmerksamkeit durch den Konflikt zwischen indischen und chinesischen Truppen im Sommer 2017. Der Konflikt folgte dem Versuch Chinas, eine Straße in der Region zu bauen. Doklam liegt strategisch in der Nähe des Siliguri-Korridors, der das indische Festland mit dem Nordosten verbindet. China verschärfe den Konflikt, indem es eine Karte veröffentlichte, die auf den „Einfall“ der indischen Armee in der Region Doklam hinwies. Die besagte Karte zeigt Doklam als Teil des chinesischen Territoriums. Die Karte löste in Neu-Delhi und in Thimphu sofort Empörung aus. Beide Regierungen beschuldigten China in einer Erklärung, die Abkommen von 1988 und 1998 zu verletzen. Am 18. November einigten sich Indien und China auf die Notwendigkeit, die verbleibenden Probleme entlang des LAC in Ost-Ladakh unter Einhaltung der bilateralen Abkommen frühzeitig anzugehen.